

## **Mitteilung des Senats vom 11. November 2025**

### **Wie beurteilt der Senat das Potenzial europäischer Alternativen zur Ermittlungssoftware Palantir?**

Die Fraktion der FDP hat unter Drucksache 21/1372 eine Kleine Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über in Deutschland oder Europa entwickelte Softwarelösungen, die funktional mit der Ermittlungssoftware Palantir vergleichbar sind?

Während einige Länder auf Produkte der Firma Palantir setzen, hat Bremen zusammen mit den mehrheitlich ablehnenden Ländern im Verwaltungsrat des Polizei IT-Fonds im nationalen Projekt P20 eine Marktsichtung zu europäischen Alternativen durchgesetzt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

2. Mit welchen deutschen beziehungsweise europäischen Anbietern solcher Softwarelösungen hat es seitens des Senats oder seiner nachgeordneten Behörden in den letzten fünf Jahren Gespräche beziehungsweise Kontaktaufnahmen gegeben?

Solche Gespräche wurden seitens des Landes Bremens weder gesucht noch geführt, da eine Verbundlösung angestrebt wird.

3. Welche konkreten Kriterien wendet der Senat bei der Prüfung von Alternativen zur Palantir-Software an?

Seitens P20 wird erst jetzt eine Alternative zu Produkten der Firma Palantir formal geprüft. Hierfür werden die konkreten Kriterien erst erarbeitet. Die alternative Lösung muss erfüllen, was wesentlich gegenüber den Produkten der Firma Palantir kritisiert wird. So muss die alternative Lösung im Kontext Datenschutz, Informationssicherheit und Verfassungstreue über alle Zweifel erhaben sein.

4. Wurden in den letzten fünf Jahren Pilotprojekte oder Evaluierungsmaßnahmen zur Erprobung deutscher beziehungsweise europäischer Analyseplattformen in Bremen durchgeführt?

Nein. Es wird eine Verbundlösung über P20 angestrebt.

5. Welche konkreten Schritte unternimmt der Senat, um bei sensiblen Softwareanwendungen im Bereich der Inneren Sicherheit zu einer eigenständigeren, europäischen Technologiepolitik beizutragen?

Der IT-Haushalt der Polizeivollzugsbehörden im Land Bremen ist nicht umfangreich und im Vergleich mit den größeren Vollzugsbehörden bundesweit sehr knapp. Daraus ergibt sich, dass vorhandene Ressourcen prioritär zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes eingesetzt werden.

Nicht nur vor diesem Hintergrund setzt Bremen auf die vereinbarte Kooperation mit anderen Ländern sowie verstärkt auf das nationale Projekt P20. Hierin wirken zwei Mitarbeiter aus der Polizei Bremen in Verbundprojekten und Initiativen in Leitungsfunktionen mit und gestalten so zum Beispiel mobile Abfragesysteme und Rechte- und Rollenkonzepte.

Parallel setzt die Polizei schon seit Jahren auf Open-Source-Produkte und Eigenentwicklungen, wo dies aktuell sinnvoll, personell umsetzbar und eine Umstrukturierung finanziell möglich ist. Die Abhängigkeit von amerikanischen Konzernen ist in der allgemeinen bremischen Verwaltung hoch. Umso aufgeschlossener werden die Bemühungen anderer Länder hinsichtlich eines Open-Source-Arbeitsplatzes oder Eigenentwicklungen von Dataport beobachtet.